

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Podium I - USA contra Europa: Welcher Weg führt aus der Schuldenkrise?
Thesenpapier zum Wirtschaftstag 2012 des Wirtschaftsrates der CDU am 12. Juni 2012

- (1) Wir erleben derzeit eine globale Krise der Staatsverschuldung, und zwar als Folge jahrzehntelanger Überdehnung der Staatstätigkeit. Einerseits hat der breite Konsens seit 1945, jede konjunkturelle Wende im Licht der Weltwirtschaftskrise ab 1929 zu deuten, dazu geführt, andererseits die weltweit im Grundsatz zu beobachtende Ausweitung sozialpolitischer Instrumente.
- (2) Die Kapitalmärkte bewerten trotz ungünstiger Fiskaldaten (Schuldenstandsquote und Defizitquote) die Vereinigten Staaten weniger kritisch als die Europäische Währungsunion. Der Grund liegt in der fehlenden zentralen Fiskalkompetenz. Diese Lücke kann durch den Fiskalpakt und die Begründung des ESM nur ansatzweise geschlossen werden. Die Anpassungslasten verbleiben zu Recht auf der Ebene der Einzelstaaten.
- (3) Die Bewertung Spaniens an den Märkten für Regierungsanleihen passt nicht zu den erheblichen Anstrengungen der Politik bei eigentlich undramatischer Schuldenstandsquote. Tatsächlich reflektieren die geforderten Renditen nicht nur das Solvenzrisiko Spaniens, sondern ebenso das Existenzrisiko der Eurozone. Damit lässt sich eine solidarische Unterstützung begründen, am besten durch eine systematische Rekapitalisierung aller systemrelevanten Banken in der Eurozone nach dem Vorbild des TARP der USA vom Oktober 2008.
- (4) Griechenland ist ein absoluter Sonderfall, das Land steht vor der Chance einer nachholenden Modernisierung mit der erstmaligen Schaffung angemessener Institutionen. Sollten die Griechen mehrheitlich eine Fortsetzung der Sanierungspolitik grundsätzlich ablehnen, so darf es keine weitere Hilfe der EU-Partner mehr geben. Dann ist der Austritt unvermeidbar, er dürfte als Befreiungsschlag gedeutet werden, wenn Ansteckungseffekt über das Bankensystem isoliert werden.

- (5) Der Grundsatz der europäischen Krisenpolitik, Geld gegen Auflagen, ist richtig und darf nicht in Zweifel gezogen werden. Bei der Ausgestaltung kann man die Fokussierung auf das strukturelle Defizit für größere Zeiträume der Konsolidierung nutzen. Der Fiskalpakt ist richtig, schöpft aber die durch die nationalen Verfassungen gesetzten Möglichkeiten einer Fiskalintegration aus. Mehr geht derzeit nicht.